

"Die Kriegsgefahr ist nie von Südossetien ausgegangen"

*Im Gespräch mit Konstantin K. Kotschjew,
Kommunistische Partei Südossetiens*

Unter den internationalen Gästen der DKP beim UZ-Pressfest in Dortmund befand sich auch Konstantin Karlowitsch Kotschjew, Mitglied der Kommunistischen Partei Südossetiens und einer der Berater des Präsidenten Kokoity. Er beantwortete Fragen der UZ nach den Verhältnissen in seinem Land, acht Monate nach dem Überfall Georgiens und der darauf folgenden Ausrufung der Unabhängigkeit:

UZ: Die Aggression Georgiens hat große Zerstörungen in Ihrem Land angerichtet. Tausende Menschen sind nach Russland geflohen. Welche Fortschritte gibt es beim Wiederaufbau und bei der Normalisierung der Lage?

Konstantin K. Kotschjew: Die großen Zerstörungen in unserem Land sind ja nicht nur durch den Überfall Georgiens vom 8. August 2008 verursacht, sondern sie sind zum Teil 17 Jahre alt. Bei der ersten Aggression wurden schon 1992 180 Dörfer völlig zerstört, das heißt ein Drittel Südossetiens.

Mehr als 100 000 Menschen sind jetzt geflohen, sowohl aus Südossetien als auch aus Georgien. Es waren vor allem georgische Osseten, die sich in Sicherheit gebracht hatten. Man muss wissen, dass in Georgien ungefähr 156 000 Osseten gelebt haben.

Es wurde auch Druck ausgeübt in der Richtung, dass man versucht hat den Zuwachs der Bevölkerung in Südossetien zu behindern.

Die Situation ist heute besser als 1992, weil wir größere Unterstützung von Russland erhalten. Es hat schon vor dem Überfall Unterstützung gegeben. Eine große Anzahl Flüchtlinge ist zurückgekehrt, ein Teil konnte aber nicht zurück, weil ihre Behausungen zerstört sind. Wir hoffen, die zerstörten Gebäude in den nächsten zwei bis drei Jahren wieder aufbauen zu können.

UZ: Wie ist die Situation an der Grenze zu Georgien? Saakaschwili droht mit einem neuen Überfall. Gibt es Grenzprovokationen?

Konstantin K. Kotschjew: Georgien hat den Gedanken an eine Revanche nicht aufgegeben. Die georgische Armee bereitet sich auf einen neuen Krieg vor. Sie bezieht neue Waffen aus der Ukraine und aus anderen Ländern. Vor kurzem haben gemeinsame Manöver von Einheiten der georgischen Armee mit Truppen aus Nato-Staaten stattgefunden. Das ist insofern gefährlich als aus einer ähnlichen Situation heraus im vergangenen Jahr, am 8. August, der Krieg begonnen hat. Die Provokationen der georgischen Seite stellen sich so dar, dass zum Beispiel unsere Stellungen beschossen werden. Es hat auch Fälle gegeben, in denen Bürger Südossetiens über die Grenze hinweg verschleppt worden sind.

UZ: UNO, OSZE und EU möchten Kontroll- oder Beobachtergruppen auf dem Territorium der Republik Südossetien installieren. Wie reagiert Ihre Regierung auf solche Forderungen?

Konstantin K. Kotschjew: Wir sind der Auffassung, dass in erster Linie Georgien kontrolliert werden müsste, weil die Gefahr eines neuen Krieges von dort ausgeht. Von Südossetien ist nie Kriegsgefahr ausgegangen. Wenn wir eine Übereinkunft mit der OECD und der EU erreichen, dann ist der Aufenthalt von Überwachungsorganen in unserem Land durchaus denkbar.



Aber die OECD ist ja nicht bereit, einen Vertrag mit uns zu unterzeichnen, weil das die Anerkennung Südossetiens bedeuten würde.

UZ: In Ihrem Land haben kürzlich Parlamentswahlen stattgefunden. Sagen Sie unseren Leserinnen und Lesern bitte kurz etwas über die Ergebnisse?

Konstantin K. Kotschjew: Die Parlamentswahlen vom 31. Mai waren die ersten nach der Anerkennung der Republik Südossetien durch die Russische Föderation. Der Präsident, Eduard Kokoity, darf nach der Verfassung keiner Partei angehören. Die Partei "Einheit" hat mit 46 Prozent die meisten Sitze errungen. Auf dem zweiten Platz steht mit 22,6 Prozent die "Volkspartei der Republik Südossetien", 22,25 Prozent der Wähler haben uns Kommunisten ihre Stimme gegeben. Die "Sozialistische Partei Vaterland" ist an der 7-Prozent-Hürde gescheitert.

UZ: Als kommunistische Partei und kommunistische Zeitung interessieren uns natürlich die Beziehungen zwischen dem Präsidenten bzw. der Regierung und der kommunistischen Partei in Ihrem Land. Einiges dazu geht ja bereits aus Ihren letzten Worten hervor. Ohne einen vernünftigen Umgang miteinander wäre es wohl kaum möglich gewesen, dass ein Kommunist zum Parlamentspräsidenten gewählt wurde, obwohl die der Regierung nahe stehende Partei "Einheit" die stärkste Fraktion stellt.

Konstantin K. Kotschjew: Im Ergebnis haben die Kommunisten acht und die Volkspartei neun Sitze, 17 Mandate besetzt die Partei der Einheit im 34-köpfigen Parlament. Bei dieser Sitzverteilung hätte die Partei "Einheit" den Parlamentspräsidenten stellen können. Das Parlament hat aber entschieden, dass einer der erfahrensten Politiker dieses Amt ausfüllen soll, und so fiel es an einen Kommunisten.

Die Fragen stellte Willi Gerns

aus: Unsere Zeit, 10. Juni 2009